

Bundesfachplanung / Antragskonferenzen

Dr. Julia Sigglow, Abteilung Netzausbau BNetzA

2. Dialogveranstaltung mit den kommunalen Spitzenverbänden
Münster, 03.07.2013

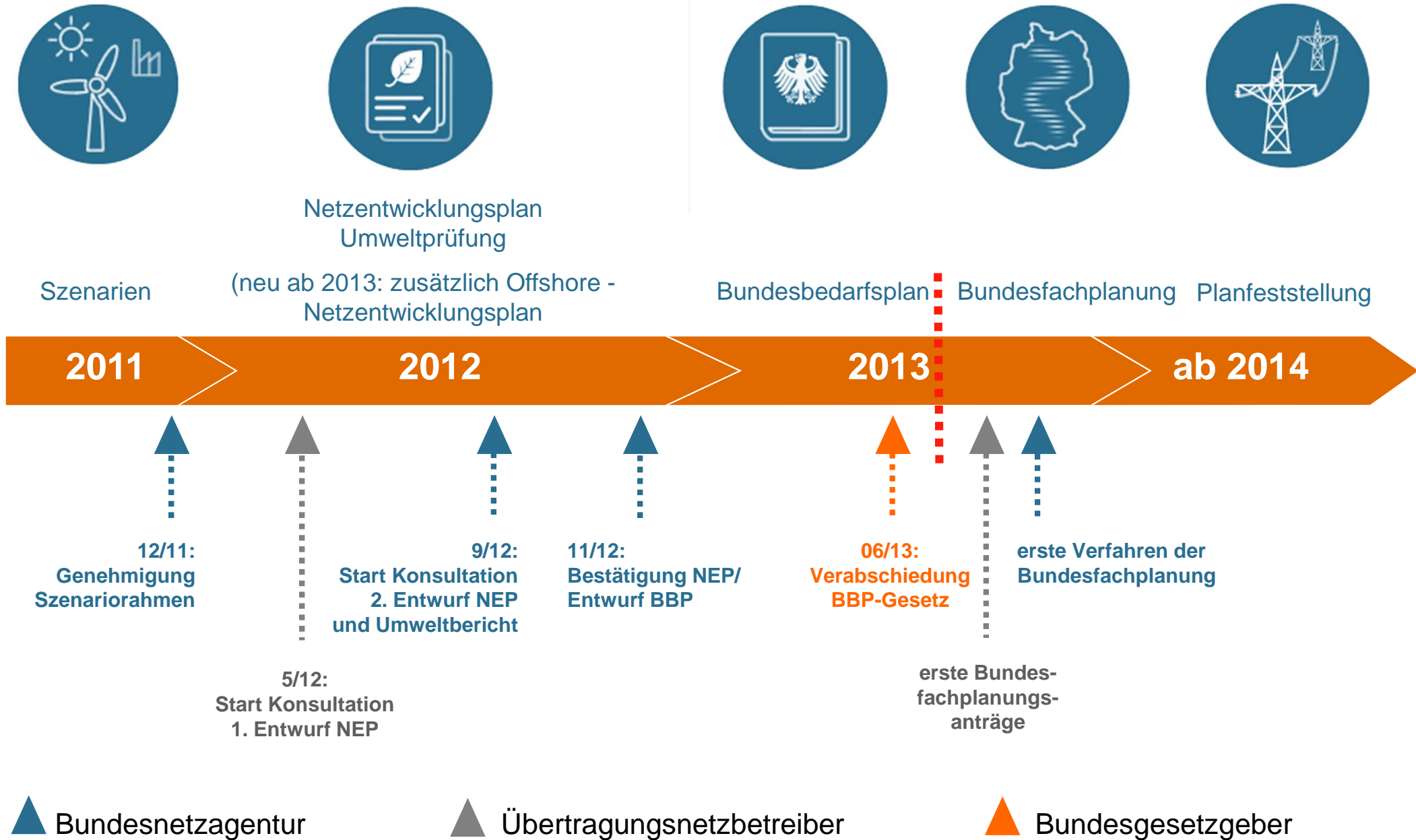
- Einordnung Bundesfachplanung
- Grobkorridorfindung
- Netzverknüpfungspunkte
- Prüfinhalte der Bundesfachplanung
- Antragskonferenz

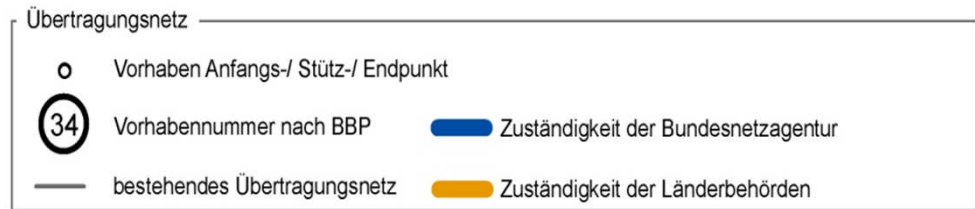
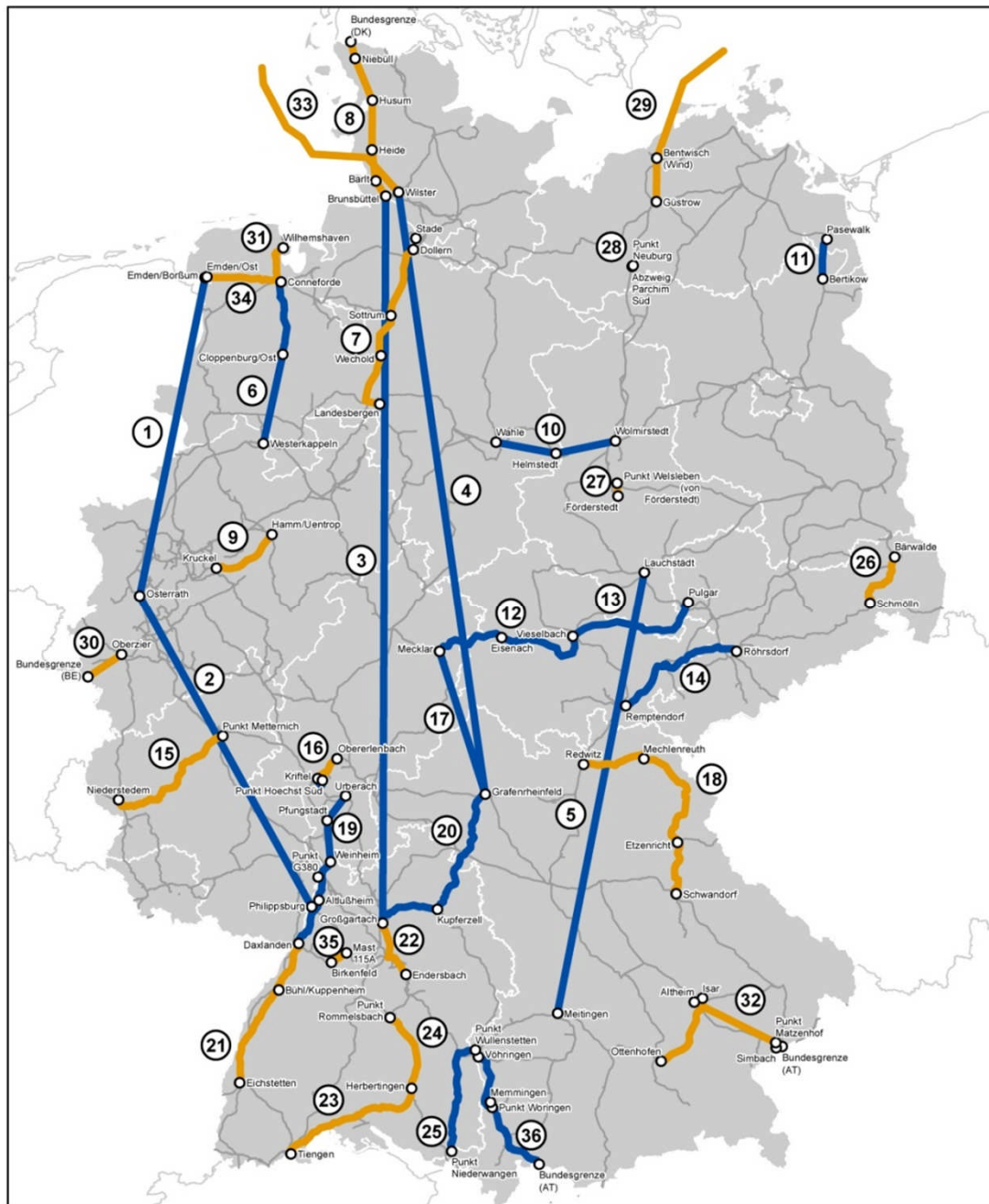


Einordnung Bundesfachplanung



Netzausbau in fünf Schritten





Wichtige gesetzliche Grundlagen wurden geschaffen:

- Bundesbedarfsplangesetz
- Planfeststellungszuweisungsverordnung

Vorhaben des Bundesbedarfsplans



Bundesfachplanung

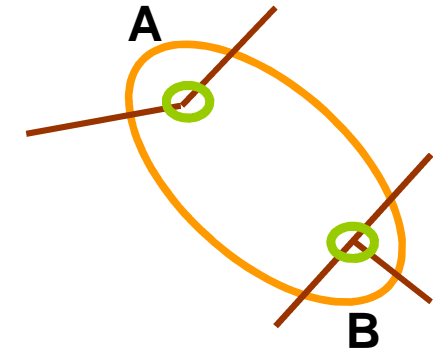
Grenzüberschreitende und länderübergreifende Vorhaben

Raumordnung der Länder

Übrige Vorhaben

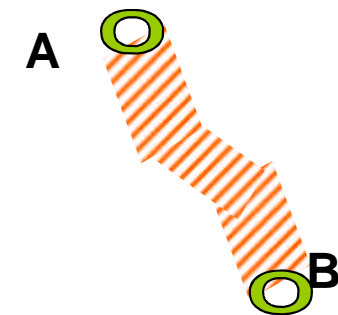
■ **Bundesbedarfsplan:**

Netzverknüpfungspunkte als Anfangs- und Endpunkte für Leitungsvorhaben
Kein räumlich konkretisierter Leitungsverlauf



■ **Bundesfachplanung:**

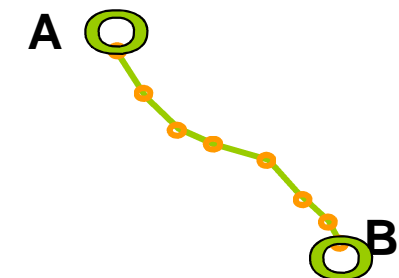
raumverträglicher **Trassenkorridor** zwischen Netzverknüpfungspunkten bei grenzüberschreitenden und länderübergreifenden Vorhaben



■ **Planfeststellung:**

konkrete **Trasse** innerhalb des durch die Bundesfachplanung vorgegebenen Trassenkorridors

u.a.: Maststandorte, Zufahrtswege, Nebenanlagen





- Neues Planungsinstrument, ersetzt Raumordnungsverfahren
- Verlauf eines raumverträglichen Trassenkorridors für ein Ausbauvorhaben des Bundesbedarfsplans
 - Breite des Korridors 500 - 1.000 m
- Bewertung der Umweltauswirkungen im Rahmen der Strategische Umweltprüfung
- Ähnlichkeiten mit Raumordnungsverfahren,
aber Unterschiede:
 - Entscheidung über Bundesfachplanung ist für Planfeststellung verbindlich
 - BNetzA ist nicht an Antrag des Vorhabenträgers gebunden. Weitere Trassenkorridore können einbezogen werden (§ 7 III NABEG)
 - öffentliche Antragskonferenz

- Grobkorridorfindung
- Prüfung der Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 ROG) und der Abstimmung mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen (§ 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG)
- Prüfung der Umweltbelange

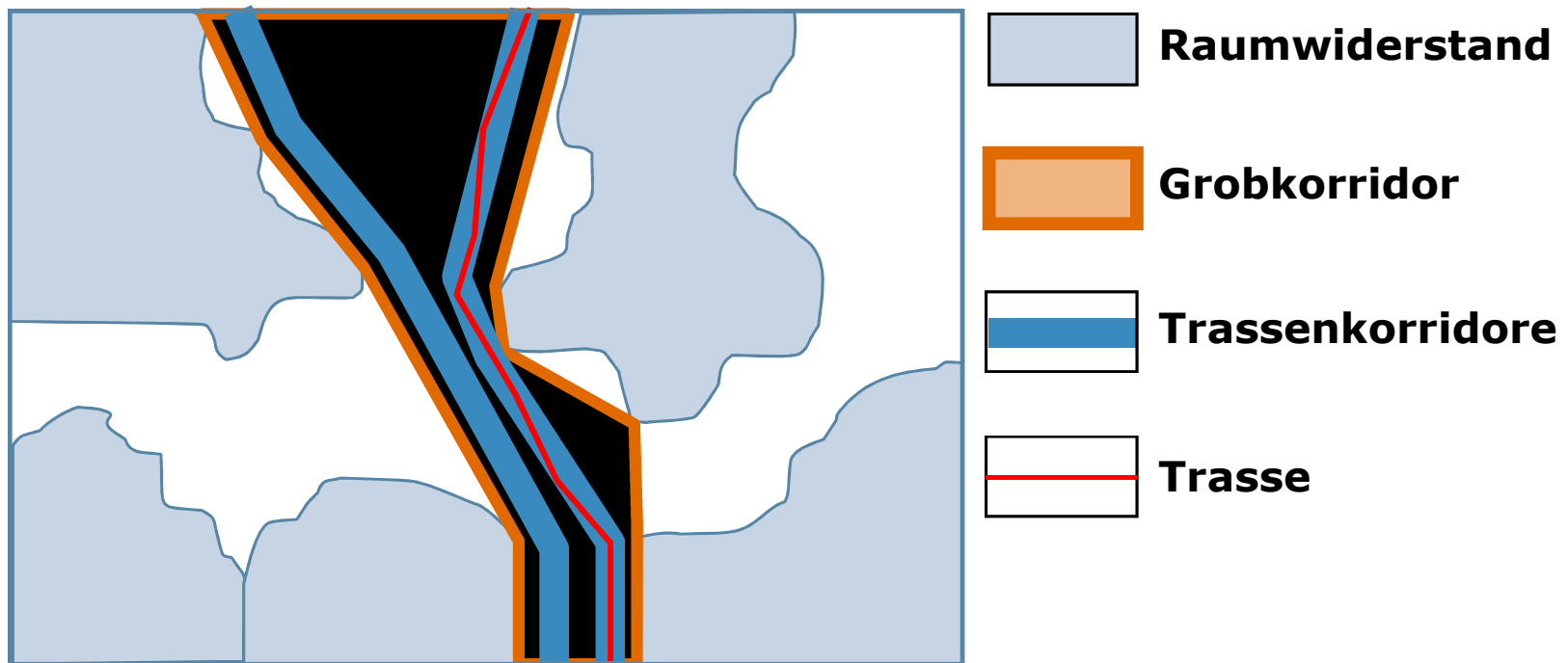
→ **Ergebnis der Bundesfachplanung**

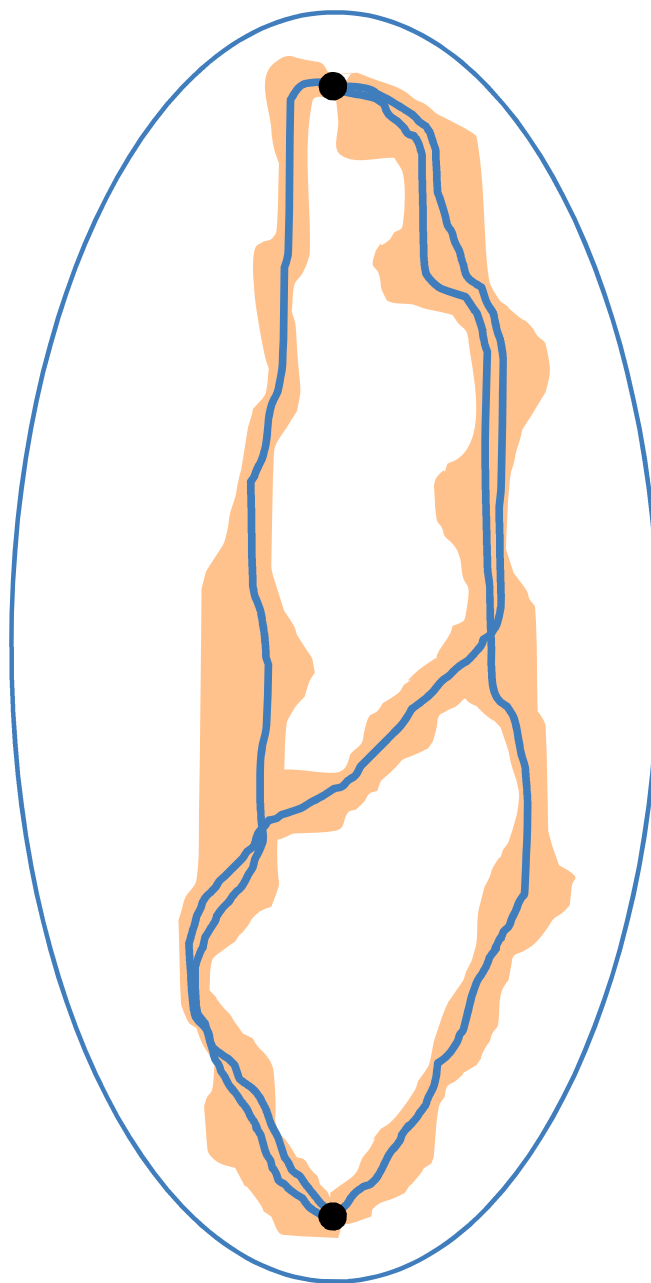
Grobkorridorfindung

Planungsgrundsätze

- Meidung konfliktträchtiger Räume
- Direkte Verbindung der Anschlusspunkte
- Bündelung mit vorhandener Infrastruktur

Ermittlung eines Grobkorridors





 Grobkorridor

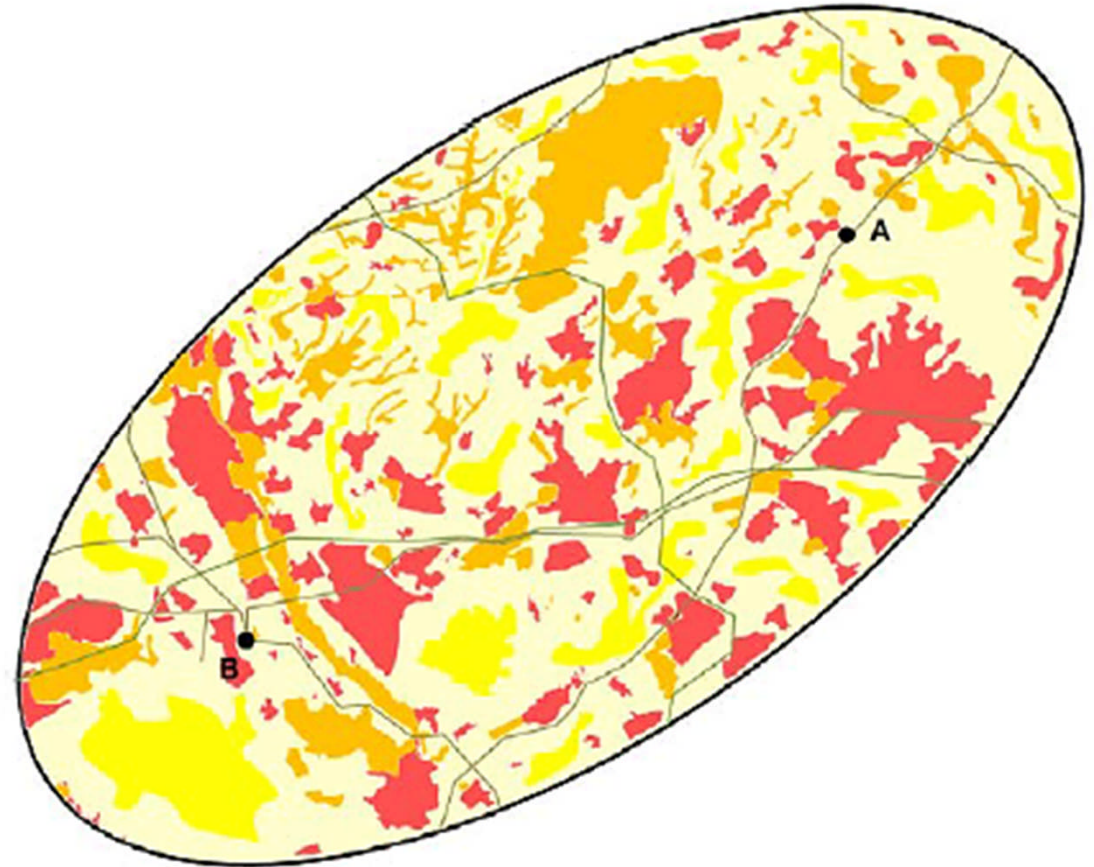
 Trassenkorridore

Findung von Grobkorridoren

- Netzverknüpfungspunkte
- Untersuchungsraum
- Raumwiderstandsanalyse

sehr hoch:	rot
hoch:	orange
mittel:	gelb
nicht qualifizierbar:	blassgelb

- Bündelungspotenziale

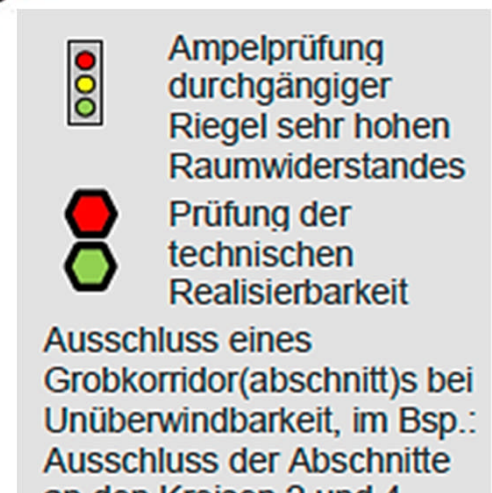
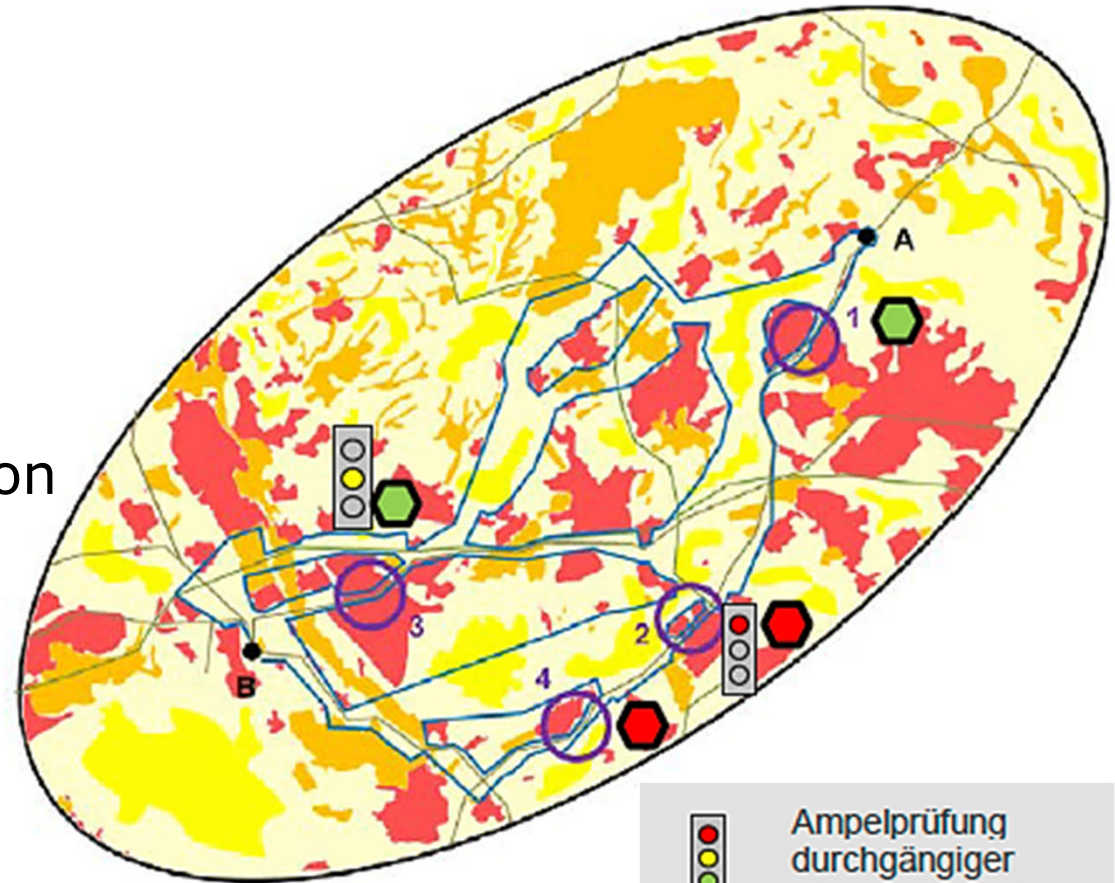


Korridorabgrenzung auf Basis der

- Raumwiderstandsanalyse
- Bündelungsanalyse
- Berücksichtigung
Planungsgrundsätze
- ggf. unter Berücksichtigung von
Hinweisen / Vorschlägen der
Länderbeteiligung

Grobkorridoranalyse

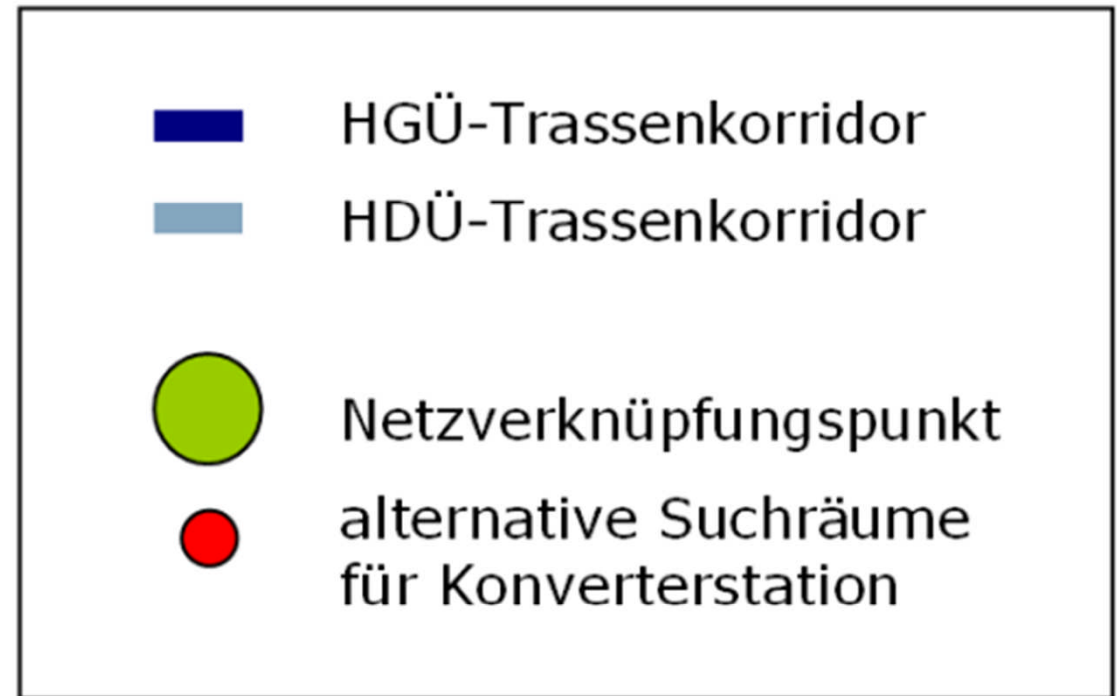
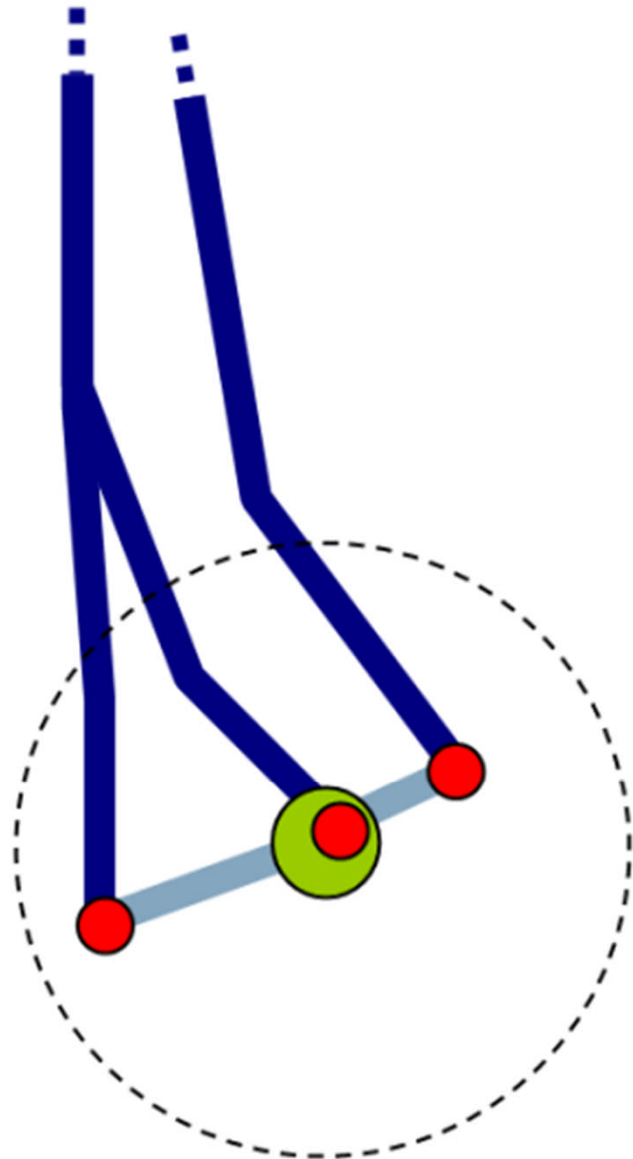
- Prüfung von durchgängigen
Querriegeln sowie Engstellen
und Zwangspunkten



Netzverknüpfungspunkte



- Bundesbedarfsplan legt Netzverknüpfungspunkte verbindlich fest
- aber: technisch keine zwingende Identität zwischen Netzverknüpfungspunkt und Konverterstandort
- alternative Netzverknüpfungspunkte können in der Bundesfachplanung nicht gesucht werden – alternative Konverterräume schon!
- Verpflichtung, alternative Trassenkorridore aufzuzeigen, führt zu alternativen Standortbetrachtungen
- exakter Standort und Aufbau eines Converters werden erst in der Planfeststellung oder anderen Genehmigungsverfahren bestimmt



Prüfinhalte der Bundesfachplanung

Prüfung der Raumverträglichkeit:

- Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung
 - Ziele der Raumordnung
 - Grundsätze der Raumordnung
 - Sonstige Erfordernisse der Raumordnung
- Abstimmung mit sonstigen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen
 - Kommunale Bauleitplanung
- Sonstige öffentliche Belange
- Private Belange

Unterlagen zur Prüfung der Umweltbelange





- Erst zur UVP zum Planfeststellungsverfahren liegen exakte Aussagen zu Lage und Art des Vorhabens vor
- Zur Bundesfachplanung werden diese Informationen noch nicht benötigt:
 - Trasse inkl. Schutzstreifen
 - Maststandorte
 - Zuwegungen zu Baustellen etc.
- ➔ Können erst der UVP zum Planfeststellungsverfahren zugrunde gelegt werden
- Vorprüfung von
 - Natura 2000 – Verträglichkeit
 - artenschutzrechtlichen Belangen

- **Antrag durch Vorhabenträger (ÜNB), § 6 NABEG**
- **Öffentliche Antragskonferenz** (zugleich Scoping)
- Festlegung des **Untersuchungsrahmens** durch BNetzA, Bestimmung der einzureichenden Unterlagen
- Vorlage der **vollständigen Unterlagen** durch den ÜNB
- **Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung**
- **Erörterungstermin**
- **Entscheidung** der BNetzA über den Trassenkorridor
- Aufnahme des festgelegten Trassenkorridors in den **Bundesnetzplan**



Vereinfachtes Verfahren gemäß § 11 NABEG

- Für den Gesamtkorridor oder für einzelne Abschnitte möglich, wenn die Ausbaumaßnahme
 - in der Trasse einer bestehenden Leitung oder
 - unmittelbar neben der Trasse einer bestehenden Leitung oder
 - innerhalb eines Trassenkorridors erfolgt, der in einem Raumordnungsplan oder im Bundesnetzplan ausgewiesen ist und
 - eine SUP-Vorprüfung ergibt, dass voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind
- Prüfung im Einzelfall bzgl. Überbelastung des Raums
- Antragskonferenz, Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung nicht zwingend
- Nur Prüfung der Raumverträglichkeit im Benehmen mit den Ländern



Grobkorridorfindung

Grundlage für das Auffinden von mehreren denkbaren Trassenkorridoren



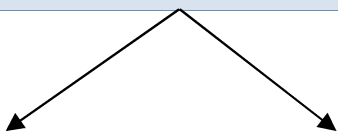
Trassierung

Grundsätze als Grundlage für das Auffinden des Vorzugskorridors und ernsthaft in Betracht kommender Alternativen



SUP-Vorprüfung

Bei Bündelungsmöglichkeit mit bestehenden/geplanten Stromleitungen



**Voraussichtlich erhebliche
Umweltauswirkungen**



Auswahl und Antrag eines
Vorzugskorridors nach sonstigen
räumlichen und
umweltfachlichen Kriterien



Regelverfahren

**Voraussichtlich keine erheblichen
Umweltauswirkungen**



Antrag des Korridors mit
Bündelungsmöglichkeit



Vereinfachtes Verfahren

Antragskonferenz



Antragskonferenz



Gesetzesbegründung zu § 7 NABEG

- „Den Verfahren ist eine Antragskonferenz mit umfassenden Beteiligungsmöglichkeiten vorgeschaltet.“
- „Das Instrument der Antragskonferenz ist ein entscheidender Baustein, um die bestehenden Beteiligungsrechte bei Großvorhaben durch vertrauensbildende und Akzeptanz steigernde Maßnahmen fortzuentwickeln.“
- „Die Öffentlichkeit soll zur Antragskonferenz zugelassen werden, um zu Verfahrenstransparenz, Akzeptanz und Befriedung beizutragen“



- 2-teilige Veranstaltung
- zugleich Scoping
- 1. Teil: öffentliche Veranstaltung
- 2. Teil: Fachgespräch mit Trägern öffentlicher Belange
- mehrere Veranstaltungen bei großen Vorhaben

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit